



Niederschrift

11. Öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.02.2010
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:50 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Altenhöner, Jutta

Herr Beeth, Rudolf G.

Frau Glage, Annette

Herr Gloger, Peter

Frau Grote, Doris

Frau Mattheus, Marion

Herr Schulz, Dietmar

Herr Wochnowski, Karlfried

Frau Brüggmann, Diane

Frau Lange, Ulla

Herr Pemöller, Dieter

Herr Dr. Seeger, Jörg

Herr Gutenschwager, Arne

Herr Köll, Harald

Frau Tachezy, Doris, Kreissenorenbeirat

Herr Fröschner, Begegnungsstätten für psychisch Kranke

Herr Ludwig, Agentur für Arbeit Neumünster

Herr Behm, Joachim

Herr Busch, Gerd-Rainer

Frau Marcussen, Rita

Herr Wagner, Alexander

Herr Wilken, Arnold

Herr Dr. Hoffmann, FBL Jugend, Familie, Soziales, Kultur

Frau Andrasch, FDL Soziale Sicherung

Vertretung für: Frau Rathje-Hoffmann,
Katja

Vertretung für: Herrn Miermeister,
Joachim

Vertretung für: Frau Algier, Ute
bis 20:55 Uhr (TOP 3.5)

ab 20:55 Uhr (TOP 3.5) Vertretung
für: Frau Brüggmann, Diane, davor
Gast

Vertretung für: Herrn Murawski, Vol-
ker

bis 20:45 Uhr (TOP 3.1)

KT-Abg. als Gast bis 21:30 Uhr (TOP
4.1)

KT-Abg. als Gast bis 20:35 Uhr (TOP
3.1)

KT-Abg. als Gast ab 18:15 Uhr (TOP
3.2)

KT-Abg. als Gast

KT-Abg. als Gast bis 20:45 (TOP 3.1)

Frau Maletz-Diestelkamp, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Rohwer, FDL Eingliederungshilfe
Frau Scheunemann, Pers. Budgets u. Koordinierung d. Hil-
feplanung i.d. Eingliederungshilfe
Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Miermeister, Joachim	entschuldigt
Frau Algier, Ute	entschuldigt
Frau Rathje-Hoffmann, Katja	entschuldigt
Herr Murawski, Volker	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2010
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Berufung eines stellvertretenden Behindertenbeauftragten
 - 3.2 Neuorganisation SGB II ab 01.01.2011
Vorlage: DrS/2010/001
 - 3.3 Sozialraumorientierung im Kreis Segeberg
 - 3.4 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)
Vorlage: DrS/2009/152
 - 3.5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ mit Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle (KOSOZ) zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 8 SGB XII
Vorlage: DrS/2010/008
 - 3.6 Kündigung des Vertrages "Begegnungsstätten für psychisch Kranke"
Vorlage: DrS/2010/011
 - 3.7 Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung gem. § 75 Abs. 3 SGB XII mit „mittenmang e.V.“ durch die Verwaltung
Vorlage: DrS/2010/010

- 4 Berichte der Verwaltung
- 4.1 Konzept zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements im FB III
Vorlage: DrS/2010/002
- 4.2 Sozialkaufhaus in Bad Segeberg
- 4.3 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf
- 4.4 Kündigung des Landesrahmenvertrages in der Eingliederungshilfe
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Sie begrüßt die anwesenden Gäste.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschuss verständigt sich darauf die Tagesordnung um den Punkt ‚Berufung eines stellvertretenden Behindertenbeauftragten‘ Der Punkt solle als TOP 3.1 behandelt werden. Mit dieser Ergänzung ist die Tagesordnung genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2010

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Berufung eines stellvertretenden Behindertenbeauftragten

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag, Herrn Krienitz-Hadinek als stellvertretenden Behindertenbeauftragten des Kreises Segeberg zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.2 Neuorganisation SGB II ab 01.01.2011 Vorlage: DrS/2010/001

Die Vorsitzende verweist auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes (LRH) und führt dazu aus, dass der LRH festgestellt habe, dass 79 % alle Bescheide fehlerhaft seien. Herr Dr. Seeger kritisiert anschließend die Pressemitteilung der SPD-Fraktion zu dieser Thematik, da sich der Bericht des Landesrechnungshofes auf alle ARGEN in Schleswig-Holstein beziehe und nicht nur auf die im Kreis Segeberg. Herr Beeth verweist dazu auf den Bericht der RPA, welcher die ARGE im Kreis Segeberg bereits 2008 geprüft habe und vieles aus dem Bericht des LRH bestätige. In der weiteren Diskussion kritisiert Herr Wilken, dass der Beirat der ARGE keine Steuerungsmöglichkeiten habe. Herr Behm spricht sich vor dem Hintergrund der anstehenden Neuorganisation dieses Bereiches ab 2011 dafür aus, die Mängel aus dem Bericht zur Kenntnis zu nehmen, jedoch zunächst abzuwarten, welche gesetzlichen Regelungen für die Zeit ab 2011 geschaffen werden würden. Die Vorsitzende betont, dass bei der anstehenden Neuregelung dafür Sorge getragen werden müsse, dass der Steuerungskreis mit Fachkräften besetzt werden müsse und dem Beirat Steuerungsinstrumente bereitgestellt werden müssen. Frau Andrasch führt aus, dass eine erweiterte Kontrollfunktion nur Sinn mache, wenn es dafür ein entsprechendes Controlling mit den dafür nötigen Daten gebe. Zur Möglichkeit zu optieren erklärt die Vorsitzende, dass dieses Thema für den Kreis erledigt sei. Anschließend gibt der Ausschuss Herrn Ludwig von der Agentur für Arbeit das Wort. Er schildert die Situation aus Sicht der BA. Der LRH habe lediglich 35 der 15.000 Akten der ARGE im Kreis Segeberg stichprobenartig geprüft. Und eine Stellungnahme der ARGE zum Bericht sei nicht abgefordert worden. Weiterhin verweist er auf die Zahl der Widersprüche. 2009 seien 19.000 Bescheide erstellt worden und es habe 1.700 Widersprüche gegeben. Davon seien 646 berechtigt gewesen. Dies entspreche einer Quote von rd. 3 %. Außerdem habe es 252 Klagen gegeben, wovon 108 erfolgreich gewesen seien. Zur personellen Situation führt er aus, dass die Befristungsquote aktuell 19 % betrage. Abschließend betont er, dass sich aus dem Bericht des LRH keine Rückschlüsse auf jede ARGE ziehen lassen würden. Anschließend betont Herr Hoffmann, stellvertretender Geschäftsführer des Leistungszentrums, dass dieses gute Arbeit leiste. In den Anfängen habe es Probleme im personellen Bereich gegeben, diese seien jedoch inzwischen behoben. Daneben müssten sich die Mitarbeiter ständig und sehr kurzfristig auf neue Rechtslagen einstellen. In der abschließenden Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, eine Empfehlung auszusprechen. Der Steuerungskreis solle mit Fachkräften besetzt werden und dem Beirat sollen Steuerungsinstrumente gegeben werden. Diese Empfehlung stellt die Vorsitzende zur Abstimmung.

Empfehlung des Sozialausschusses:

Der Sozialausschuss empfiehlt dafür Sorge zu tragen, dass der Steuerungskreis zukünftig mit mehr Fachkräften besetzt wird und dass der Beirat in ein Steuerungs- und Kontrollgremium umgestaltet wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.3 Sozialraumorientierung im Kreis Segeberg

Frau Scheunemann erläutert dem Ausschuss die geplante Sozialraumorientierung für den Kreis Segeberg mittels einer Power Point Präsentation. Diese ist dem Protokoll angefügt. Sie geht dabei insbesondere auf die Ziele, die veränderte Arbeitsorganisation und veränderten Arbeitsmethoden ein. Im Ausschuss wird anschließend über den Notwendigkeit der Einführung und das mögliche Einsparpotential diskutiert. Dazu erläutert Frau Scheunemann, dass es darum gehe, einer weiteren Kostensteigerung entgegenzuwirken. Auf Nachfrage aus dem Ausschuss führt sie aus, dass der Kreis Nordfriesland die Sozialraumorientierung bereits 1999 eingeführt habe. Der Ausschuss verständigt sich abschließend darauf, diese Informationen heute zur Kenntnis zu nehmen und zur nächsten Sitzung einen Vertreter des Kreises Nordfriesland einzuladen, damit dieser über die dortigen Erfahrungen berichten könne.

zu 3.4 Leitfaden des Kreises Segeberg zu den Folgen der demografischen Entwicklung in Bezug auf die älter werdende Bevölkerung (Strategisches Management 1.6.1)
Vorlage: DrS/2009/152

Die Vorsitzende verweist zu Beginn auf den Beschluss des Kreistages, welcher die Fachausschüsse gebeten habe, dieses Thema zu beraten. Ihr Vorschlag für das weitere Vorgehen sei nun, dass die Verwaltung beauftragt werden solle nun Gespräche mit den Kommunen zu führen. Dazu führt Frau Andrasch aus, dass die Verwaltung den Leitfaden bereits an die Kommunen gegeben habe. Daneben müsse man sich im Strategischen Management Gedanken zur konkreten Umsetzung machen. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Frau Andrasch zur Kenntnis.

zu 3.5 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ mit Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle (KOSOZ) zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 8 SGB XII
Vorlage: DrS/2010/008

Die Vorsitzende erklärt zu diesem Punkt, dass ihr eine Kosten-Nutzen-Rechnung der KOSOZ fehle. Aktuell sei für den Kreis nicht sichtbar, welchen Nutzen er aus der Kooperation habe. Daneben kritisiert sie, dass es keine Kontrollmöglichkeit für die Selbstverwaltung gebe und eine Verwaltung in der Verwaltung geschaffen worden sei. Anschließend erläutert Frau Rohwer im groben die Arbeit der KOSOZ und erklärt ebenfalls, dass der Ausschuss bisher noch nicht ausreichend über die Arbeitsplanung und die Jahresberichte informiert worden sei. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Seeger führt sie aus, dass das Land bisher 146.800 Euro zur Verfügung gestellt habe. Die Abrechnungsmodalitäten sollen zukünftig geändert werden, das Land bleibt aber aufgrund der Konnexität in der Kostenpflicht. Herr Dr. Hoffmann ergänzt einige Informationen, wie es zur Gründung der KOSOZ gekommen sei und erklärt, dass eine effektive Arbeit der KOSOZ nur möglich sei, wenn diese längerfristig gesichert sei, denn nur so könne qualifiziertes Personal gefunden werden. Anschließend wird im Ausschuss kritisch diskutiert, wie bei diesem Sachverhalt weiter vorgegangen werden solle. Die Vorsitzende macht den Vorschlag den Vertrag nur zu verlängern, wenn darin ein Mitspracherecht für die Selbstverwaltung festgeschrieben wird. Daraufhin beantragt Frau Grote für die CDU-Fraktion eine Auszeit.

Pause 19:15 bis 19:25 Uhr.

Anschließend stellt Herr Gloger für die CDU-Fraktion den Antrag, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen, die Landrätin aufzufordern sich über den Landkreistag für eine Kontrollmöglichkeit durch die Selbstverwaltung einzusetzen. Weiterhin solle anschließend über eine Entfristung nachgedacht werden. Danach stellt die Vorsitzende zunächst ihren Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Vertrag mit der KOSOZ wird gekündigt und in den neuen Vertrag soll aufgenommen werden, dass die Selbstverwaltung der Kreise an der Kontrolle der KOSOZ beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 4 Ablehnung: 7 Enthaltung: 1

Anschließend stellt die Vorsitzende den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
2. Zugleich wird die Landrätin aufgefordert, sich über den Landkreistag in Bezug auf die zukünftige Struktur der KosoZ für eine effektivere Kontrollmöglichkeit der Arbeit der KosoZ durch die Selbstverwaltung der beteiligten Kreise einzusetzen.

3. Danach soll dann auch über eine Entfristung des Vertrages (bisher Verlängerung jeweils nur um 1 Jahr) beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 8 Ablehnung: 4 Enthaltung: -

**zu 3.6 Kündigung des Vertrages "Begegnungsstätten für psychisch Kranke"
Vorlage: DrS/2010/011**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Fröschner von der Begegnungsstätte für psychisch Kranke. Er erläutert dem Ausschuss anschließend die Arbeit der Begegnungsstätte. Frau Rohwer ergänzt seine Ausführungen und führt aus, dass der Kreis durch die Arbeit der Begegnungsstätte finanzielle Mittel einspare. Frau Grote erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese Thematik noch nicht in der Fraktion beraten worden sei und sie daher beantrage diese Thematik in die nächste Sitzung zu schieben. Die Vorsitzende weist daraufhin, dass man dadurch viel Zeit verlieren würde, da die nächste Sitzung erst im Mai sei und stellt den Antrag der CDU-Fraktion anschließend zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 6 Ablehnung: 6 Enthaltung: -

Anschließend befasst sich der Ausschuss erneut mit dem Vorschlag der Verwaltung und erklärt dabei übereinstimmend, dass es das Ziel sein müsse eine Entscheidung am 25.03.10 im Kreistag herbeizuführen. Daher spricht er sich dafür aus heute keinen Beschluss zu fassen, sondern die Entscheidung dem Kreistag zu überlassen. Diesen Verfahrensvorschlag stellt die Vorsitzende zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss überlässt die Entscheidung dem Kreistag.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

**zu 3.7 Abschluss einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung gem. § 75 Abs. 3
SGB XII mit „mittenmang e.V.“ durch die Verwaltung
Vorlage: DrS/2010/010**

Die Vorsitzende erläutert einleitend das Konzept von mittenmang und erinnert an den Förderantrag über 30.000 Euro aus dem letzten Jahr. Mittel in dieser Höhe hätten nicht bereitgestellt werden können, daher habe es anschließend einen Kompromissvorschlag über 10.000 Euro gegeben. Dieser sei abgelehnt worden. Sie kritisiert, dass nun mit einem ehrenamtlichen Verein eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden solle. Es habe keinen entsprechenden Beschluss der Selbstverwaltung dazu gegeben. Daher spreche sie sich dafür aus, der der Ausschuss seine Ablehnung gegen die Leistungsvereinbarung mit diesem Verein aussprechen solle. Herr Dr. Hoffmann erklärt dazu, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle, sich die Verwaltung aber an die Empfehlung des Ausschusses halten werde. Herr Dr. Seeger kritisiert unter Bezug auf das Strategische Management und dabei insbesondere das Ziel der Inklusion, dass ein Verein, der sich dafür einsetze, hier nicht unterstützt werden solle. Die Vorsitzende macht den Vorschlag, dass der Ausschuss erklären solle, dass er es ablehne, dass mit dem Verein mittenmang eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werde. Dieses stellt sie zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss lehnt es ab mit dem Verein ‚mittenmang e.V.‘ eine Leistungsvereinbarung

abgeschlossen wird und empfiehlt daher keine abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 11 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

zu 4 Berichte der Verwaltung

**zu 4.1 Konzept zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements im FB III
Vorlage: DrS/2010/002**

Die Vorsitzende erklärt, dass sie dieses Konzept begrüße. Herr Dr. Hoffmann erläutert auf Nachfrage von Frau Marcussen, dass es sich hierbei um die Umsetzung des Strategischen Managements handle. Es beschränke sich auf den Fachbereich III, da es nur dort ein Freiwilligen-Forum gebe.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt das Konzept zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4.2 Sozialkaufhaus in Bad Segeberg

Frau Andrasch erläutert dem Ausschuss den aktuellen Stand zum Sozialkaufhaus. Die BQS habe den Nachweis erbracht, dass im letzten Jahr mindest 120 Personen an qualifizierenden Maßnahmen teilgenommen hätten und somit sei der monatliche Mietzuschuss des Kreises in Höhe von 3.000 Euro ausgezahlt worden. Für 2010 seien auf Grund der aktuellen Haushaltssituation bisher keine Zahlungen erfolgt, da es sich um freiwillige Leistungen des Kreises handle. Hinsichtlich der Beteiligung der Kommunen habe sie die BQS gebeten direkt Kontakt mit den Kommunen aufzunehmen. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 4.3 Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf

Zur Gemeinschaftsunterkunft berichtet Frau Andrasch, dass es sich dabei ebenfalls um eine freiwillige Leistung handle. Die Unterkunft sei zurzeit mit 60 Bewohnern stark ausgelastet. Die Unterkunft stelle eine Serviceleistung des Kreises für die Kommunen dar. Für 2010 gehe sie von steigenden Asylbewerberzahlen aus. Die Kommunen seien bereits darüber informiert worden, dass der Kreis daher wieder Asylbewerber verteilen werde. Daneben informiert sie, dass der Brandschutzbeauftragte Mängel festgestellt habe. Diese stelle die GMSE ab.

zu 4.4 Kündigung des Landesrahmenvertrages in der Eingliederungshilfe

Frau Rohwer berichtet, dass der Landkreistag den Landesrahmenvertrag in der Eingliederungshilfe gekündigt habe. Grund der Kündigung sei eine Ursachenanalyse zum Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe. Die Analyse wird dem Protokoll angefügt. In der Analyse sei unter anderem kritisiert worden, dass es keine einheitliche Kriterien für die Personalbemessung, die Sachkostenstandards und den Investitionsmaßnahmen gebe. Außerdem seien in Schleswig-Holstein in den Pflegesätzen mit Mitgliedsbeiträgen für die Spitzenverbände enthalten. Dies sei in anderen Bundesländern nicht der Fall. Fälschlicherweise sei im Gespräch, dass durch die Kündigung des Vertrages 100 Mio. Euro eingespart werden könnten. Dies sei definitiv nicht der Fall und wurde auch von der Fachlichkeit so nicht gesagt. Der Landesrechnungshof geht von Einsparungen bis zu 18 Mio. Euro aus. Die Vorsitzende kritisierte, dass die Einsparungen nur zu Lasten der Betroffenen ungesetzt werden sollen und sie es daher begrüße, dass der Städtebund dieser Kündigung nicht zugestimmt habe. Herr Dr. Hoffmann führt aus, dass Vertragspartner des Landesrahmenvertrages der Landkreistag sei. Der Kreis Segeberg habe dort der Kündigung zuge-

stimmt, um zu einer Neuverhandlung zu kommen. Die der Verwaltung spreche sich dafür aus, dass es einen Rahmenvertrag gebe, jedoch müsse dieser angepasst werden. Der Ausschuss nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Frau Rohwer berichte zur interdisziplinären Frühförderung, dass es dazu einen Rahmenvertrag gebe. Die Verhandlungen mit den Krankenkassen hätten dazu geführt, dass es nur schleppend zu Vereinbarungen zwischen den Trägern der Heilpädagogik und anderen Therapeuten gekommen sei. Nun habe man die Rechtsform der GBR gewählt, wodurch das Kostenrisiko gesenkt werden konnte und die Verhandlungen vorangekommen seien. Den Krankenkassen liege jetzt der erste Antrag für den Kreis Segeberg durch die Lebenshilfe aus Kaltenkirchen vor und der Kreis sei optimistisch, dass diesem zugestimmt werde.

Sie informiert weiterhin, dass der Bericht über den Vergleichsring der Eingliederungshilfe vorliege. Dieser ist dem Protokoll angefügt.

Frau Andrasch berichtet, dass die Zahl der Asylbewerber in 2009 um 25,2 % gestiegen sei. Ein Bericht zur Kinderarmut, der Migrationsbericht 2008 und eine Information zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den SGB II-Regelleistungen werden dem Protokoll angefügt.

Herr Beeth bittet anschließend um eine Auskunft, wo er Informationen bekommen können, wenn jemand eine Pflege- und Krankenhilfe benötige. Die Vorsitzende verweist dazu auf den Pflegestützpunkt im Kreis Segeberg. Die Adresse des Pflegestützpunktes in Bad Segeberg lautet Kirchstraße 9 in 23795 Bad Segeberg.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die Vorsitzende weist daraufhin, dass auch die anderen Fraktionen im Vorwege, wenn die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufgestellt wird, Punkte benennen können.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Jutta Alenhöner
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)